



JÜRGEN SCHUPP

Keine Forschung zum Grundeinkommen könnte das höhere Risiko darstellen

Jürgen Schupp ist Senior Research Fellow am DIW Berlin. Der Kommentar gibt die Meinung des Autors wieder.

In nur drei Tagen hat sich eine Million Menschen für das bedingungslose Grundeinkommen beworben: Das gemeinsam vom Verein Mein Grundeinkommen und dem DIW Berlin gestartete Pilotprojekt Grundeinkommen übertraf damit nicht nur unsere Erwartungen, was die Medienresonanz betrifft, sondern vor allem auch, was die nach statistischen Vorüberlegungen angestrebte „bestmögliche“ Auswahlpopulation unserer Stichprobe betrifft. Wir waren darauf vorbereitet, Interessierten bis Anfang November – also knapp drei Monate – Zeit zu geben, um sich zu bewerben. Offensichtlich hatten wir unterschätzt, welchen Nerv das Thema trifft.

Daneben werden aber auch etliche kritische Stimmen laut. Die Stichprobe für das Experiment sei mit 120 Grundeinkommensbeziehenden zu klein. Natürlich arbeiten wir als Forschende lieber mit einer Fallzahl von über 1000 Personen. Mit dieser kleinen Fallzahl, die den begrenzten finanziellen Mitteln geschuldet ist, bedarf es wahrhaft „großer“ Effekte. Um ein Beispiel zu nennen: Erst wenn die Spendenquote bei Grundeinkommensbeziehenden um rund zehn Prozentpunkte innerhalb eines Jahres steigen würde, wäre unsere Hypothese, dass ein Grundeinkommen das prosoziale Handeln signifikant zu steigern vermag, bestätigt und statistisch abgesichert.

Wir werden unsere Forschungshypothesen mit unserer vergleichsweise kleinen – aber für wissenschaftliche Feldexperimente keineswegs zu kleinen – Stichprobe selbstverständlich mit dem Start des Experimentes innerhalb der scientific community transparent machen und dem Grundeinkommen keine Wirkung zuschreiben, die wir nicht empirisch belegen können. Zudem haben wir mehrfach auf die Einschränkungen des Aussagewertes unserer Ergebnisse auch auf die Gesamtdenke zum Grundeinkommen öffentlich hingewiesen.

Die große Resonanz auf unsere Studie sowie die Erwartung der Zivilgesellschaft, dass sich die Forschung der Frage widmet, wie praxistauglich und wirksam ein Grundeinkommen ist, motiviert auch uns, bestmögliche handwerkliche Forschungsarbeit zu erbringen. Wir arbeiten, auch um unsere wissenschaftliche Unabhängigkeit glaubhaft nach außen belegen zu können, „ohne

Bezahlung“ durch den Verein Mein Grundeinkommen. Natürlich forschen wir nicht nur in unserer Freizeit für dieses Projekt, sondern vor allem im Rahmen unserer institutionellen Grundförderung. Unsere Zuwendungsgeber ermutigen uns seit einigen Jahren, aus dem Elfenbeinturm der Wissenschaft herabzusteigen, um den Austausch und Dialog mit der Zivilgesellschaft aktiv zu suchen. Wissenstransfer ist nämlich schon längst nicht mehr eine kommunikative Einbahnstraße. Für uns Forschende sind sowohl die Spendenden als auch die große Zahl der für die Studie bereitstehenden Bürgerinnen und Bürger im wahrsten Sinne „citizen scientists“.

Bundesforschungsministerin Anja Karliczek setzt sogar Anreize, um den Austausch der Wissenschaft mit der Gesellschaft zu intensivieren. So unterstützt sie mit einem eigenen Förderprogramm den Kulturwandel hin zu einer kommunizierenden Wissenschaft. Unsere Forschung profitiert vom Wissen der Vielen sowie deren Bereitschaft, uns Daten, aber auch enorme finanzielle Ressourcen zur Durchführung unserer Forschung bereitzustellen. Wir als Forschende im Pilotprojekt Grundeinkommen fühlen uns verpflichtet, dieses Vorabvertrauen in wissenschaftliche Erkenntnis zu transformieren.

Nun wurde von Hendrik Munsberg in der Süddeutschen Zeitung vom 20.8.2020 skeptisch angemerkt: „Wer ein Grundeinkommen einführt, mag hehre Absichten haben, kann jedoch, unbeabsichtigt, Schaden anrichten“. Dieser Punkt ist durchaus berechtigt, andererseits muss ich aus Sicht eines Forschers, der das Prinzip der Wissenschaftsfreiheit verteidigt, erwidern: „Wer allein die Auseinandersetzung und Erprobung eines bedingungslosen Grundeinkommens verhindern möchte, mag hehre Absichten haben, kann jedoch, unbeabsichtigt *ebenfalls* Schaden anrichten.“ Denn wer kann schon ausschließen, dass die Gewährung eines Grundeinkommens nicht vielleicht doch eine überlegene Alternative zum Status Quo unseres gegenwärtigen Sozialsystems darstellt?

Eine längere Fassung dieses Beitrags ist am 23.8.2020 im Wirtschaftsblog FAZIT erschienen.

IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

87. Jahrgang 2. September 2020

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake; Prof. Dr. Tomaso Duso; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.;
Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos;
Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas Menkhoff;
Dr. Claus Michelsen; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Carsten Schröder;
Prof. Dr. C. Katharina Spieß; Dr. Katharina Wrohlich

Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann; Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Jonas Jessen

Redaktion

Dr. Franziska Bremus; Rebecca Buhner; Claudia Cohnen-Beck;
Dr. Anna Hammerschmid; Petra Jasper; Sebastian Kollmann; Bastian Tittor;
Sandra Tubik; Dr. Alexander Zerrahn

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

leserservice@diw.de

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung

Roman Wilhelm, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den
Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter
unter www.diw.de/newsletter